

CDU UND CSU – KEIN PLAN, KEIN ANSTAND, KEIN HANDWERK

CDU und CSU sind erkennbar ausgelaugt. Sie haben keine Ideen für die Zukunft. Bisher konnten sie darauf vertrauen, dass eine beliebte Kanzlerin diese Ideenlosigkeit überstrahlte. Das ist nun nicht mehr möglich.

Der nüchterne Blick auf die Bilanz der Unionsgeführten Ministerien und die Bundestagsfraktion von CDU/CSU zeigt: Sie beherrschen das Regierungshandwerk nicht mehr. Sie behindern den Fortschritt und sind zu einer Gefahr für den Wohlstand und die Arbeitsplätze in Deutschland geworden. Statt ordentlichem Regieren prägen Skandale und Affären das Bild. Früher stand die Union für Maß und Mitte, heute für Maaßen und Maskendeals.

Um es deutlich zu sagen: Die Union verspielt die Zukunft: Keine Impulse in der Wirtschaftspolitik, für den Ausbau erneuerbarer Energien, für die Verkehrs- und Mobilitätswende oder für mehr bezahlbare Wohnungen. Corona hat die Schwächen bei der Digitalisierung des Landes unbarmherzig aufgezeigt. Für all diese Bereiche sind Minister von CDU und CSU zuständig.

Die Union erzählt in ihrem Programm viel, hat aber keinen Plan für die Zukunft – weil sie glaubt, die Zukunft wird schon von alleine gut, wenn alle Interessengruppen zufrieden sind. Aber eine Interessenpolitik für Wirtschaftsverbände ist keine Wirtschaftskompetenz. Wohlstand und Arbeitsplätze stehen so auf dem Spiel.

Mit Herrn Laschet hat die CDU einen Politiker zum Kanzlerkandidaten bestimmt, von dem selbst die eigenen Parteifreunde nicht glauben, dass er der Aufgabe des Bundeskanzlers gewachsen wäre. Und das Wahlprogramm ist eine Mischung von Worthülsen und neoliberalen Vorschlägen von Friedrich Merz. Es ist erkennbar, dass Laschet wie seine Partei ist: Ohne Plan für die Zukunft.

1. CDU UND CSU FEHLT DER MORALISCHE KOMPASS:

- » Der als Vertreter der jungen Generation der CDU in dem Medien sehr präsente [Philipp Amthor](#) war es, der eine Viertelmillion Dollar an Aktienoptionen und teure Reisen auf Einladung eines Unternehmens als Entschädigung für Lobbyarbeit „vergessen“ – also verheimlicht – hatte.
- » Mindestens drei Bundestagsabgeordnete von CDU und CSU und führende CSU-Leute in Bayern haben ihr Mandat missbraucht, um einen persönlichen Vorteil daraus zu erzielen. Sie fädelten [Maskendeals](#) ein und erhielten dafür Geld – teilweise über eine Million Euro. Die Aufklärung läuft schleppend. Bis heute sind 12 MdB der Union in diese oder andere Korruptionsaffären (Aserbaidtschan) verstrickt.
- » Der CDU-Bundestagskandidat Maaßen [fällt immer wieder dadurch auf](#), dass er in den sozialen Medien die Andeutungen und Theorien von „Rechtsaußen“ bedient und zum Beispiel Flüchtlinge in Not als „einreisewillige Ausländer mit Shuttle-Service“ bezeichnet. Der Lohn dafür: er ist CDU-Direktkandidat in einem Thüringer Wahlkreis. Ungefähr zeitgleich versucht die [Union](#) in der Koalition das Demokratiefördergesetz zu verhindern, mit dem wir die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus stärken wollen. Klare Kante gegen Rechts geht anders.

2. CDU UND CSU FEHLT DER POLITISCHE KOMPASS:

Die Union hat keinen Respekt vor Arbeitnehmer*innen und ihren Lebensleistungen:

» Respekt für Arbeitnehmer*innen bedeutet ordentliche Löhne und sichere Jobs. Wir wollen seit langem einen **höheren Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde**. Das wäre eine unmittelbare Lohnerhöhung für **10 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**. Damit deren Leben ein bisschen einfacher und besser wird. Diese Missachtung der hart arbeitenden Bürgerinnen und Bürger hat bei der Union System: Den von uns vorgelegten Entwurf für ein Gesetz gegen den Missbrauch von befristeten Arbeitsverträgen [blockieren](#) sie.

Die Union möchte beides nicht, weil sie nicht auf der Seite derer steht, die jeden Tag hart arbeiten und davon ein anständiges Auskommen haben möchten. Sie steht auf der Seite derjenigen Arbeitgeber, die immer noch meinen, dass soziale Verantwortung nicht ihre Sache sei.

» Wir haben uns an die Seite jener gestellt, die trotz jahrzehntelanger Arbeit nur eine Rente bekamen, die nicht zum Leben reichte und die deshalb zusätzlich die Grundsicherung in Anspruch nehmen mussten. Für uns ist klar: Arbeit hat ihre Würde und sie hat ihren Preis. Deswegen haben wir die Grundrente gegen den [Widerstand der CDU durchgesetzt](#).

Die Union denkt nicht an Mieter*innen:

» Die SPD hat **Mietsteigerungen begrenzt, indem wir die Mietpreisbremse verlängert haben. Wir haben dafür gesorgt, dass Mieter*innen nicht mehr so einfach aus ihrer Wohnung „herausmodernisiert“ werden können** und die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen künftig sehr stark eingeschränkt wird.

CDU und CSU standen bei diesen Vorhaben stets knallhart auf die Seite der **Immobilienlobby**. Die SPD-Initiative gegen die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen etwa hat sie [bis zum Schluss versucht zu verhindern](#) und Schlupflöcher einzubauen. Und auch die gegen harten Widerstand der Union in der Regierung vereinbarte hälftige Übernahme des Co²-Preises durch die Vermieter wurde [durch die Bundestagsfraktion wieder infrage gestellt](#). Der Lohn: Die CDU erhielt im vergangenen Jahr [1,3 Millionen Euro Spenden](#) von der Immobilienbranche, 800 000 Euro davon allein vom Berliner Immobilienunternehmer Christoph Gröner. Die Berliner CDU engagierte sich besonders stark gegen den Mieterschutz in der Hauptstadt, ebenso wie der Berliner Bundestagsabgeordnete und „Mietrechtsexperte“ [Jan-Marco Luczak](#).

Die Union verhindert engagierten Klimaschutz:

» Die SPD will den **Anteil der Erneuerbaren Energien konsequent ausbauen**. Nur so können wir unsere Klimaziele erreichen.

Die Union verrechnet unsere Zukunft. Sowohl im Klimaschutzprogramm 2030 als auch im EEG 2021 rechnet das BMWi mit einem gleichbleibenden

Strombedarf bis 2030 in Höhe von 580 TWh. Obwohl für die Produktion von Wasserstoff, den vermehrten Einsatz von Wärmepumpen und die große Zahl an Elektroautos sehr viel mehr Strom benötigt werden wird. Aktuelle Studien gehen deshalb von einem Strombedarf zwischen 643 und 713 TWh aus. Diese Stromlücke wird zu einer [Stromlücke](#). Der Wirtschaftsminister rechnet den zukünftigen Strombedarf bewusst klein, damit er die Ziele zum Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht anheben muss. So verzögert er die nötigen Planungen und Investitionen. Das ist schlecht für die Bürgerinnen und Bürger, das ist schlecht für die Beschäftigten und Unternehmen, insbesondere für stromintensive Sektoren wie die Stahl- und Chemieindustrie. Die Stromlücke der Union gefährdet Arbeitsplätze, Wohlstand und unsere Versorgungssicherheit. Die Union ist ein Standortrisiko für Deutschland geworden.

» Die SPD drängt auf **ausreichend Ladesäulen für Elektroautos**. Wir brauchen eine verlässliche Ladeinfrastruktur.

Bei den Ladestellen für E-Autos gibt es ein klassisches Henne-Ei-Problem: Wenn es nicht genug Ladesäulen gibt, sind Elektroautos nicht attraktiv, da man sie nicht überall laden kann. Ohne ausreichend E-Autos lohnt sich der Aufbau einer solchen Ladesäuleninfrastruktur nicht, da es nicht genug Nachfrage gibt. CDU und CSU mussten viele Schritte zum Ausbau des Ladernetzes abgerungen werden. Anstatt einer Versorgungsaufgabe gibt es jetzt erstmal eine Selbstverpflichtung für die Betreiber. Die Erarbeitung eines Gesetzes zum Aufbau eines Schnellladernetzes dauerte viel zu lange. So ist wertvolle Zeit beim Ausbau der E-Mobilität verloren gegangen. Ohne ein ordentliches Ladenetz mit ausreichend Ladestationen wird der Umstieg auf E-Autos nicht gelingen. Unsere Autoindustrie vertraut darauf, dass wir es schaffen.

» Die SPD steht zur vereinbarten **schrittweisen Erhöhung des CO²-Preises** und will zugleich eine **Senkung der Strompreise** durch die Abschaffung der Umlage zur Förderung der erneuerbaren Energien (EEG-Umlage).

CDU und CSU ändern bei dem Thema ständig ihre Meinung. Nun wollen sie den Klimawandel vor allem dem Markt überlassen und sind auf einmal für einen deutlich höheren [CO²-Preis](#) – solange die Klientelinteressen in Form großzügiger Ausnahmen bedient werden. Der Markt allein schafft aber keinen sozialen Ausgleich, wenn Diesel, Benzin, Erdgas und Heizöl teurer werden. Dass CDU und CSU nicht wollen, dass der Vermieter den steigenden CO²-Preis für das Heizen trägt, zeigt die Absurdität ihrer Politik auf. Mieterinnen und Mieter können nicht dafür sorgen, dass eine klimafreundliche Heizanlage eingebaut wird. Der höhere CO²-Preis wird aber direkt an sie weitergegeben. So bleibt ihnen nur, weniger zu heizen. Das ist dann „soziale Kälte“ im wörtlichen Sinn. Aber nicht nur für Mieterinnen und Mieter gilt, dass diejenigen auf der Strecke bleiben, die sich nicht herauskaufen können. Auch diejenigen, die lange Strecken zur Arbeit pendeln müssen oder sich als Eigenheimbesitzer nicht kurzerhand eine neue klimafreundliche Heizung anschaffen können, würden durch die Politik von CDU/CSU schwer belastet.

CDU und CSU betreiben unseriöse Haushaltspolitik:

» Olaf Scholz verbindet Zukunftsinvestitionen mit solider Haushaltspolitik: wir haben die jährlichen Investitionen für unsere Infrastruktur, unseren Wohlstand und unser Klima massiv auf 50 Milliarden Euro pro Jahr erhöht, werden untere und mittlere Einkommen besserstellen und die sehr, sehr Reichen etwas stärker in Verantwortung für das Gemeinwohl nehmen. Damit haben wir ein ausgewogenes Konzept für eine vernünftige Haushaltspolitik. So geht ordentliches Regieren.

CDU und CSU haben sich von der seriösen Haushaltspolitik verabschiedet. Sie tun so, als ob finanziell alles zugleich ginge: massive Steuersenkungen für Unternehmen und Spitzenverdiener, große Fördertöpfe für Unternehmen und sehr teure Rüstungsprojekte – und das Ganze mit einem Haushalt ohne neue Schulden, der schwarzen Null. Doch die Grundrechenarten gelten auch für die Union. Noch verschweigen sie die einfache Wahrheit: Ihr Konzept kann nur aufgehen, wenn sie gleichzeitig massiv an anderen Stellen kürzen. Sie werden versuchen, diese Pläne bis zum Wahltag hinter schwammigen Formulierungen zu verbergen. Aber wenn man auf den Haushalt schaut, bleiben nur wenige Möglichkeiten: Die Zuschüsse zur Rentenversicherung und Investitionen in die Zukunft.

CDU und CSU verschlafen die Digitalisierung:

» Olaf Scholz hat dafür gesorgt, dass mit dem Digitalfonds deutlich mehr Mittel für den Breitbandausbau zur Verfügung stehen als jemals zuvor, seit 2015 summiert es sich nun auf rund 12 Milliarden Euro.

Die in den letzten 8 Jahren für diesen Bereich zuständigen CSU-Minister Do-brindt und Scheuer haben davon bisher jedoch noch nicht einmal 15 Prozent investiert. Weniger als zwei Millionen aktive Glasfaser-Anschlüsse in Deutschland bedeuten Platz 34 von 37 innerhalb der OECD-Staaten. Die Digitalisierung betreiben CDU und CSU mit der Geschwindigkeit eines Modems der 90er Jahre.

Die Union schützt Steuertrickser:

» Wir haben gegen den erbitterten Widerstand von CDU und CSU einige Fortschritte erreicht beim Kampf gegen Steuertricks von Konzernen und Spitzenvermögenden. Aber immer wieder blockiert die Union notwendige weitere Schritte. So etwa bei der von uns vorgesehenen Anzeigepflicht für nationale Steuergestaltungen. Wir wollen, dass solche Tricks innerhalb von Deutschland den Behörden angezeigt werden müssen, die dann schnell reagieren und ggfls. Gesetze verschärfen können.

Die Union versucht, jede SPD-Initiative zu verwässern und zu blockieren, etwa das Schließen von Steuerschlupflöchern beim Immobilienkauf durch sog. Share Deals oder bessere Transparenz über Steuerzahlungen internationaler Konzerne (Öffentliches Country by Country Reporting). Die Umsetzung einer europäischen Richtlinie gegen Steuertricks hat sie sogar so lange blockiert, dass die Europäische Kommission ein Verfahren gegen Deutschland eingeleitet hat. Und die die Anzeigepflicht von nationalen Steuertricks blockiert sie noch immer.

3. CDU UND CSU KÖNNEN KEIN HANDWERK:

- Das Impfen und Testen hätte CDU-Minister Spahn [früher und besser organisieren](#) müssen.
- Die von Olaf Scholz bereitgestellten umfangreichen Hilfgelder für Corona-betroffene Unternehmen hätten durch CDU-Minister Altmaier [schneller umgesetzt](#) werden müssen.
- Die digitale Not vieler Schulen in der Pandemie hat CDU-Bildungsministerin Karliczek [lange teilnahmslos beobachtet](#).
- Statt Breitbandausbau, Mobilfunk und die Elektromobilität voranzutreiben, bleiben vom zuständigen CSU-Minister Scheuer nur Pannen und das [Maut-Debakel](#) in Erinnerung. Und dass er das Parlament belogen hat.
- Die Bundeswehr steht angesichts [schockierender rechtsextremistischer Umtriebe](#) und massiver Probleme und [Ungereimtheiten bei der Ausrüstung](#) sogar noch schlechter da als vor der Amtsübernahme der CDU-Ministerin Kramp-Karrenbauer. Das ist nicht fair für die Reputation der vielen Soldatinnen und Soldaten, die jeden Tag vorbildlich ihre Pflicht tun und sich für Deutschland einsetzen. An ihrer Seite stehen wir.
- CDU-Landwirtschaftsministerin Klöckner dreht [Werbevideos](#) mit dem Nestlé-Chef und setzt auf eine Selbstverpflichtung der Lebensmittelindustrie nach der anderen. Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern waren ihr in den vergangenen Jahren deutlich weniger wichtig.

HERR LASCHET HAT KEINEN KOMPASS FÜR NICHTS - AUSSER FÜRS LAVIEREN, TRICKSEN UND TÄUSCHEN:

- Armin Laschet ist ein klimapolitischer Blender. Im parteiinternen Wettbewerb warb er noch für „[Klimaschutz mit Augenmaß](#)“, das klingt nicht nach Bewältigung einer Jahrhundertaufgabe. Passend dazu hat er der Energiewende in NRW gerade eine dreijährige Pause verordnet: die angesehene Energieagentur schafft er ab, um bis 2024 drei Jahre lang neue Strukturen aufzubauen.
- In NRW will Laschet den Energieträger Wasserstoff großmachen. Gleichzeitig sorgt er selbst dafür, dass die Wasserstoffproduktion gefährdet ist. Denn dafür braucht man viel mehr erneuerbaren Strom. Das behindert Laschet in NRW aber, indem er mit [unsinnigen Abstandsregelungen](#) von 1.000 Metern zu kleinsten Siedlungen den Windkraftausbau bremst und somit die Energiewende boykottiert. [Dieser Gesetzentwurf in NRW macht es 85% aller Windkraftanlagen unmöglich, erneuert zu werden. Der Ausbau der Photovoltaik liegt 54% unter dem Bundesschnitt.](#)
- Laschet inszeniert sich gerne als Integrator. Die Nominierung von Herrn Maaßen als CDU-Bundestagskandidaten ließ er als neuer CDU-Vorsitzender einfach laufen. Die Integration von Rechtsaußen gehört dann wohl auch dazu.

- Was nicht passt, wird passend gemacht:
 - » » „Mein Sohn kennt da einen“, so scheinen öffentliche Vergaben unter Herrn Laschet in Nordrhein-Westfalen zu erfolgen. Corona-Schutzausrüstung – Alltagsmasken und Kittel – im Wert von 46 Millionen Euro wurden hemdsärmelig beim Mönchengladbacher Textilhersteller Van Laack gekauft. Laschets Sohn, der für van Laack als Influencer arbeitet, hatte den Kontakt zwischen der Firma und dem Ministerpräsidenten hergestellt. [Jenseits aller Vergabeverfahren](#) fand der Deal statt. Die Kittel waren zudem laut TÜV Rheinland mangelhaft.
 - » » Als Europaabgeordneter und Landesminister hatte Laschet „nebenbei“ einen Lehrauftrag an der Aachener RWTH. Armin Laschet [gingen Klausuren seiner Studierenden verloren](#), ebenso wie seine Notizen zu deren Arbeiten. Kein Problem: er hat sich einfach Noten ausgedacht. Am Ende hieß es offiziell: Laschet habe es an der notwendigen Sorgfalt gefehlt.